



Staatskanzlei und Ministerium für Kultur

Europaminister Robra: ?Sachsen-Anhalt wirbt um gute Konditionen in der Struktur- und Agrarpolitik?

Staatskanzlei - Pressemitteilung Nr.: 057/03

Staatskanzlei - Pressemitteilung
Nr.: 057/03

Magdeburg, den 4. Februar 2003

Europaminister Robra: ¿Sachsen-Anhalt wirbt
um gute Konditionen in der Struktur- und Agrarpolitik¿

Ein

Schwerpunkt der heutigen Kabinettsitzung war die Erörterung der Arbeitsprogramme von Europäischer Kommission und Europäischem Rat für das Jahr 2003 und die Ableitung von Schwerpunkten für die Europapolitik der Landes.

¿Für dieses

Jahr stehen zahlreiche Themen auf der europäischen Tagesordnung, die uns als Land direkt betreffen. Fünf Bereiche haben oberste Priorität: die künftige Ausrichtung der europäischen Strukturpolitik, die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik, die Ausgestaltung der Chemikalienpolitik in Europa, die Zukunft der Daseinsvorsorge in Europa und die Vorbereitung des Landes auf den Beitritt der neuen Mitgliedstaaten zur EU¿, sagte Europaminister Rainer Robra im

Anschluss an die Kabinettsitzung vor der Presse.

Schwerpunkt Strukturpolitik:

Ende 2003 wird die Europäische Kommission ihre Vorschläge zur zukünftigen Ausgestaltung der Strukturpolitik für die Zeit nach 2006 verabschieden. Für Sachsen-Anhalt geht es darum, ob das Land auch in der nächsten Förderperiode als Ziel 1-Gebiet anerkannt wird und mit Fördermitteln in der bisherigen Höhe sowie dem damit einhergehenden beihilferechtlichen Spielraum rechnen kann.

Da das Land nur durch den statistischen Effekt der Erweiterung (Absenkung der für die Ziel 1-Förderung maßgeblichen Schwelle von weniger als 75 Prozent des EU Durchschnitts) seinen Förderstatus zu verlieren droht, sind in diesem Jahr u.a. folgende Maßnahmen geplant:

.

Gemeinsame
Positionierung der ostdeutschen Ministerpräsidenten im Mai,

.

Positionierung des
Landes am 17. Februar gegenüber EU-Kommissar Michel Barnier in Brüssel,

.

Suche nach Bündnispartnern
in Regionen, die ähnlich wie Sachsen-Anhalt betroffen sind,

.

Übernahme der
Berichterstattung zum 2. Zwischenbericht im Ausschuss der Regionen durch
Staatssekretär Dr. Michael Schneider.

Das Land erhält in der laufenden
Förderperiode 2000 - 2006 ca. 3,5 Milliarden Euro aus den Strukturfonds. Eine
Übersicht von Referenzprojekten des Landes findet sich im Landesportal auf der
Seite
<https://www.sachsen-anhalt.de/rcs/LSA/pub/Ch1/mainfld4671011652932361/fld5421011653817020/pglkkv8yemcu/index.jsp>.
Weitere Informationen sind im Wirtschafts- und Arbeitsministerium bei Dr. Heller
(Tel. 0391/567-42 87) erhältlich.

Schwerpunkt Agrarpolitik:

Die Europäische Kommission hat in der
vergangenen Woche ihre Vorschläge zur Reform der Agrarpolitik vorgelegt. Von
den geplanten Änderungen bei den Direktzahlungen sind die landwirtschaftlichen
Unternehmen Ostdeutschlands überdurchschnittlich betroffen. Sachsen-Anhalts
Landwirtschaftsministerin Wernicke hat am 9. Januar in einem Schreiben an
EU-Agrarkommissar Fischler eigene Vorschläge zur Reform der Agrarpolitik
gemacht (einheitliche Grundprämie als Flächenprämie plus Sonderprämie). Diese
Vorschläge sind in die Beratungen im Rat eingeflossen. Nun gilt es, diese
Vorschläge weiter auszuführen und um Unterstützung in Europa zu werben. Dazu
ist ein Besuch von Landwirtschaftsministerin Wernicke im April in Brüssel
vorgesehen.

Schwerpunkt

Chemikalienpolitik:

Als wichtigster Chemiestandort

Ostdeutschlands ist Sachsen-Anhalt von der künftigen Ausgestaltung der Chemikalienpolitik in Europa besonders tangiert. Mit der Chemieindustrie des Landes wurde verabredet, die Interessen des Landes auch weiterhin aktiv zu vertreten. Zentraler Bestandteil ist die weitgehende Befreiung der Verbundproduktion in geschlossenen Systemen von den Auflagen der Registrierung. Dies ist vor allem für die Chemieparks von großer Bedeutung. Durch den gemeinsamen Einsatz von Unternehmen und Landesregierung konnte in den vergangenen Monaten erreicht werden, dass die Kommission ihre Position in dieser Frage geändert hat. In den nunmehr vorliegenden Vorentwürfen ist eine weitgehende Befreiung der Verbundproduktion in geschlossenen Chemieparks von der Registrierungspflicht vorgesehen. Im Hinblick auf die eigentlichen Rechtsetzungsvorschläge ist in Abstimmung mit der Chemieindustrie eine frühzeitige Positionierung des Landes geplant.

Darüber hinaus hat Sachsen-Anhalt den Vorsitz

im Bund-Länder-Arbeitskreis Chemikalien. Sachsen-Anhalt will in den nächsten Monaten eine engere Kooperation der Bundesländer mit der Europäischen Kommission entwickeln.

Weitere Informationen aus Sicht eines

Chemieparks liefert der Geschäftsführer der Buna Sow Leuna Olefinverbund GmbH (BSL), Dr. Christoph Mühlhaus (Tel. 03461/49 28 82).

Schwerpunkt

Daseinsvorsorge:

Die Europäische Kommission hat für März 2003

die Veröffentlichung eines Grünbuchs zu Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse angekündigt. Gleichzeitig überarbeitet die Kommission ihre Vorstellungen zur beihilferechtlichen Beurteilung von Leistungen im Rahmen der Daseinsvorsorge. Damit will die Europäische Kommission mehr Rechtssicherheit für Unternehmen, die mit der Erbringung von Dienstleistungen im öffentlichen Interesse (Daseinsvorsorgeleistungen) befasst sind, schaffen.

Nicht nur vor dem Hintergrund der jüngeren

Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs und des anhängigen Rechtsstreits Altmark Trans GmbH/Regierungspräsidium Magdeburg, sondern auch bei der zukünftigen Bestimmung von Diensten, die im allgemeinem öffentlichen Interesse sind, ist eine unmittelbare Betroffenheit des Landes Sachsen-Anhalt gegeben. Bei dem anhängigen Fall des Unternehmens aus der Altmark geht es um die Frage, ob die erhaltenen Zuschüsse nach dem europäischen Wettbewerbsrecht als genehmigungspflichtige Beihilfe zu werten ist.

Schwerpunkt

EU-Erweiterung:

Bis Mai 2004 werden zehn neue Staaten

Mitglied der Europäischen Union sein. Durch die Erweiterung wird Sachsen-Anhalt seine Brückenfunktion zwischen Ost- und Westeuropa aktiver wahrnehmen können.

Mit zahlreichen Veranstaltungen,

beispielsweise in den Bereichen Erwachsenenbildung, Außenwirtschaft, Landwirtschaft und Jugendaustausch, sollen die Bürgerinnen und Bürger über die Chancen der EU-Erweiterung informiert und die Kontakte des Landes mit den neuen Mitgliedstaaten ausgebaut werden.

Impressum:

Staatskanzlei des Landes Sachsen-Anhalt
Pressestelle
Domplatz 4
39104 Magdeburg
Tel: (0391) 567-6666
Fax: (0391) 567-6667
Mail: staatskanzlei@stk.sachsen-anhalt.de

Impressum:
Staatskanzlei des Landes Sachsen-Anhalt
Pressestelle
Hegelstraße 42
39104 Magdeburg
Tel: (0391) 567-6666
Fax: (0391) 567-6667
Mail: staatskanzlei@stk.sachsen-anhalt.de